

gierung bedeutete: ein Büro zum massenhaften Import von Devisen. Und Schalcks Eingeständnis gegenüber dem West-Berliner Generalstaatsanwalt Dietrich Schultz, er sei – wie sein Vize Manfred Seidel – Stasi-„Offizier im besonderen Einsatz“ gewesen, beweist die enge Verbindung zwischen Partei und Staatssicherheit: Was für den einen recht war, konnte dem anderen nur billig sein.

„Verkehr“ und KoKo teilten sich die Arbeit bei Einrichtung und Betreuung der Westfirmen: Cebulla war für die personelle Seite zuständig, Schalck für die wirtschaftliche. Im zurückliegenden Jahr setzten die Firmen schätzungsweise 6,5 Milliarden West-Mark um und machten so bei sechs Prozent Nettorendite einen Gewinn von 400 Millionen Mark. Das Geld liegt nach wie vor auf den Konten von Trägergesellschaften vor allem in Liechtenstein, der Schweiz und Luxemburg; und diese Briefkastenfirmen, die von Stroh Männern oder Stroh Frauen geleitet werden, tragen branchenüblich phantasievolle Namen – von Angolux über Rexim und Refinco bis Unisped.

Die SED-Devisenbeschaffer arbeiteten mit gewaltigen Beträgen. Allein die Vaduzer Briefkastenfirma Elmsoka – eine Gründung des 1982 verstorbenen Schalck-Kumpels Konstantin Assimakis – hatte treuhänderisch für KoKo 200 Millionen D-Mark Festgelder-Depots bei verschiedenen Banken angelegt, jeweils auftrags- oder aufs Konto einer KoKo-nahen oder angegliederten Firma – wie etwa der AHB-Intrac-Tochter America Latina S. A. Die Elmsoka-Depots laufen bis April/Mai 1990; der entsprechende Bestätigungsbrief an Seidel datiert vom 5. Dezember 1989, dem Tag vor der Verhaftung Schalcks.

Das heißt im Klartext: Die rund 60 Millionen Mark, die er nach Ost-Berlin hat transferieren lassen, waren nur ein knappes Drittel der Summe, die lediglich für eine Treuhänderin gelaufen ist.

Als dritte Institution spülte die Firma Simpex (Büro für Handel und Beratung GmbH, Oranienburger Straße) Geld in die SED-Kasse. Sie wird geleitet von SED-Funktionär Hans Springmann und ist nach Erkenntnissen westlicher Sicherheitsexperten ein als Firma getarnter Sektor der ZK-Abteilung „Verkehr“. Simpex kassiert für Ost-West-Geschäfte Vermittlungsgebühren; offiziellen Unterlagen von 1983 zufolge nimmt die DDR über Simpex – die Provisionszahlungen laufen über die Deutsche Bundesbank/Deutsche Außenhandelsbank AG (DDR) in Form von Verrechnungseinheiten – pro Jahr über 60 Millionen Mark ein.

Obendrein war die SED über ihre Schatzmeister aktiv. So gründete 1977 Karl Raab in Luxemburg die Gesellschaft für die Förderung des Presse- und Verlagswesens, aus der sich eine Finanz-

und Immobilienkette zwischen Schweden und der Schweiz entwickelte; Raabs Nachfolger Wildenhain inspizierte als DDR-Handelsrat mit Diplomatenpaß das Imperium, das der Ost-Berliner Anwalt Friedrich Karl Kaul mitbegründet hatte.

Seit Schalcks Abgang funktioniert sein KoKo-Imperium nicht mehr so reibungslos zu Parteigunsten wie früher; Simpex soll sogar aufgelöst werden. Aber westliche Sicherheitsexperten gehen davon aus, daß die Abteilung „Verkehr“ weiter arbeitet und funktioniert – kein Wunder, daß Gysi jeden Zugriff auf

Parteieigentum als „Enteignung“ zu diffamieren trachtet.

Auch Gregor Gysi hat gelernt. Als er das trübe Erbe des Erich Honecker antrat, verkündete er noch forsch: „Wir brauchen einen vollständigen Bruch mit dem gescheiterten stalinistischen, das heißt administrativ-zentralistischen Sozialismus in unserem Lande.“

Letzte Woche sagte der Parteichef deprimiert, das Amt sei wohl „zuviel für meine Schultern“.

Er hat es ja begriffen: Sozialismus ist gut.

Eigentum ist besser.

„Ein mächtiges Abspecken“

SPIEGEL-Interview mit SED-PDS-Bezirkschef Bernd Meier, Frankfurt/Oder

SPIEGEL: Herr Meier, wenn Sie abends Ihr klassenraumgroßes Büro verlassen, schließen Sie nicht nur gründlich ab, sondern versiegeln auch noch eigenhändig die Tür. Haben Sie Angst vor Dieben oder etwa vor der alten Staatssicherheit, der Stasi?

MEIER: Weder vor dem einen noch vor dem anderen. Das ist noch ein Relikt aus der alten Zeit. Was ich hier habe, braucht man eigentlich nicht zu versiegeln. Aber das ist so ein Stück deutsche Gründlichkeit.

SPIEGEL: Gibt es nichts Geheimes mehr in Ihrem Büro?

MEIER: Doch, schon, aber nur noch parteiinterne Dinge. Andere Sachen, die früher hier noch eine Rolle gespielt haben, gibt es nicht mehr.

SPIEGEL: Papiere der Stasi?

MEIER: Früher haben wir uns um alles gekümmert und sehr vieles sehr geheim behandelt. Dazu gehörten Fragen der Wirtschaft, der Zusammenarbeit mit den Sicherheitsorganen oder mit der Armee. Zum Glück brauchte ich das nicht zu übernehmen. Ich habe mich nur um meine Partei zu kümmern.

SPIEGEL: Vor der Wende herrschte ein Bezirkssekretär der SED fast wie ein absolutistischer Fürst. Sie sind seit dem 15. November der Erste Ihrer Partei im Bezirk Frankfurt/Oder, was hat sich geändert?

MEIER: Das fängt schon damit an, wie ich in diese Funktion gekommen bin. Ich war in Schwedt, wo ich wohne, am Sonntagmittag beim Autoputzen. Da



Einheitssozialist Meier
„Eine mächtige Wut im Bauch“

Bernd Meier

ist seit zwei Monaten SED-PDS-Vorsitzender im Bezirk Frankfurt/Oder. Der frühere Bau- und Schichtarbeiter stieg auf zum Ersten Bezirkssekretär der Freien Deutschen Jugend und arbeitete die letzten vier Jahre als Parteisekretär im Erdölkombinat Schwedt. Meier, 45, der ohne die bislang übliche Kadervorbereitung zum Parteichef gewählt wurde, verhandelt in Frankfurt an einem Runden Tisch mit Vertretern der regionalen Oppositionsgruppen und -parteien über die politische Zukunft des Bezirks und tritt für eine „faire Zusammenarbeit“ ein.

kam aus Frankfurt ein Telefonanruf, ob ich nicht mal schnell rüberkommen könne. Das sind immerhin zwei Stunden Autofahrt. Da die Ereignisse schon außerordentlich dramatisch waren, bin ich aus Parteidisziplin gleich losgefahren. In Frankfurt fragte mich meine Vorgängerin, ob ich bereit wäre, mich drei Tage später als neuer Erster Sekretär oder jetzt Parteivorsitzender zu stellen. Dabei war ich nie für eine solche Funktion vorgesehen gewesen.

SPIEGEL: Was ist daran neu?

MEIER: Ich war überrascht, weil so nie Kaderpolitik gemacht wurde. Früher mußte man lange Fragebogen ausfüllen, da mußte ein polizeiliches Führungszeugnis her, man mußte sich vom Arzt gründlich untersuchen lassen, man wurde langfristig vorbereitet, und es hieß: Wenn du dich bewährst, dann kannst du eventuell mal diese Aufgabe übernehmen. Als meine Überraschung vorbei war, hab' ich gesagt, also, ich weeb gar nicht, ob ich mir so eine Aufgabe zutrauen kann.

SPIEGEL: Die Genossen haben dann wie gewohnt den Personalvorschlag akzeptiert und Sie gewählt?

MEIER: Durchaus nicht. Die Wahl lief ganz anders ab, auch das wäre früher in unserer Partei völlig unmöglich gewesen. Wenn früher gesagt wurde, der wird Erster Sekretär, dann wurde er das, in der Regel ohne Wenn und Aber. Bei mir haben wir fast drei Stunden diskutiert und gewählt, das gab's noch nie. Einer meinte zunächst, sachte, sachte mit den Pferden, jetzt wollen wir erst mal wissen, was mit dem Bernd Meier überhaupt los ist. Es gab eine richtige Personaldebatte.

SPIEGEL: Warum haben Sie den Job angenommen?

MEIER: Aus zwei Gründen. Erstens, weil ich aus Überzeugung und nicht aus Karrieregründen in die Partei gegangen bin. Ich komme aus einem ganz bescheidenen Elternhaus. Mein Vater ist im Krieg gefallen, ich habe noch fünf Geschwister, und meine Mutter lebt mit der Mindestrente. Aber ich habe trotz allem, auch wenn sich jetzt die letzten 40 Jahre als teilweise verfehlte Politik herausgestellt haben, immer noch das Gefühl, daß für die Menschen auch manches Positive gemacht worden ist.

Zweitens hatte ich auch eine mächtige Wut im Bauch. Ich war doch jahrelang überzeugt, daß das, was wir machten, richtig war. Ich habe oft mit den Genossen im Betrieb gestritten und Dinge verteidigt, die sich jetzt als eine Luftnummer herausgestellt haben. Darum habe ich das Gefühl, hier hast du auch etwas gutzumachen. Also nicht als Wendehals, sondern im Sinne von: Hier mußst du ganz einfach deine Ehrlichkeit jetzt auch

an dieser Stelle zeigen. Meine Frau und meine Tochter waren allerdings eindeutig dagegen, daß ich das Amt übernahm.

SPIEGEL: Für wie lange sind Sie gewählt?

MEIER: Am 24. Februar ist die nächste Delegiertenkonferenz. Da kann ich auch gleich wieder abgewählt werden. Das wäre demokratisch, und mit der Demokratie muß man nun ja rechnen.

SPIEGEL: Damit hatten Kommunisten schon immer Probleme. Macht Sie das, was in den vergangenen Wochen in der DDR an Mißwirtschaft und Machtmiß-

brauch darüber vielleicht auch aus Scham gar nicht mehr reden wollen.

Leider haben wir unsere sozialdemokratische Linie, das Demokratieverständnis der Sozialdemokraten, immer verschwiegen. Das hat auch zu Überheblichkeit und Arroganz geführt. Aber ich glaube eben auch, daß wir jetzt die kommunistischen Ideale nicht einfach über Bord werfen dürfen.

SPIEGEL: Nutzen die Mitglieder die neue Freiheit in der Partei, oder warten noch viele auf die Order von oben?

MEIER: Viele machen davon Gebrauch. Trotzdem müssen viele sich natürlich



Frankfurter Allgemeine Zeitung

brauch aufgedeckt worden ist, nicht irre daran, Kommunist zu sein?

MEIER: Kommunist ist vielleicht jetzt nicht der richtige Ausdruck. Wir nennen uns ja bewußt nicht kommunistische Partei. Diese einseitige Verhärtung, die sich die Sozialistische Einheitspartei angemaßt hat, obwohl sie aus zwei Traditionsebenen entstanden ist, war auch ein Grund dafür, daß wir eine Reihe von Mitgliedern verprellt haben.

SPIEGEL: Paßt Ihnen „demokratischer Sozialist“ besser?

MEIER: Ja. Was das aber konkret bedeutet, ist für uns noch nicht genau definiert. Wir sollten aber auch die guten Traditionslinien der Kommunisten übernehmen, also für ein menschliches Ideal eintreten und dafür arbeiten, daß es eines Tages mal keine Ausbeutergesellschaft mehr gibt. Das ist jetzt sicherlich eine riesige Illusion. Viele werden

erst daran gewöhnen, daß nicht mehr befohlen wird, was zu machen ist.

Neu ist auch, daß wir unsere Arbeit ganz anders aufbauen. Aus vielen Betrieben geht die Partei raus, sie wird sich im Wohngebiet organisieren. Wenn man so will, wird hier eine „Machtstruktur“ zerschlagen. Das macht uns im Moment die größten Schwierigkeiten.

SPIEGEL: Was sind das für Schwierigkeiten?

MEIER: Am Arbeitsplatz wußte man, da hat entweder Meier oder Schulze an der Drehbank da und da gearbeitet. Man ist hingegangen, hat die Parteiversammlung im Betrieb nach Feierabend oder auch während der Arbeitszeit organisiert, das war alles durchorganisiert bis zum letzten. Jetzt kommen sie nach dem Prinzip der Freiwilligkeit. Früher mußten 90 Prozent zur Mitgliederversammlung kommen, heute kommen vielleicht



Anti-Stasi-Demonstration*: „Viele sind schon weg“

60 Prozent. Und trotzdem ist die besser als früher.

SPIEGEL: Es kommen weniger, manche auch gar nicht mehr, weil sie der Partei den Rücken gekehrt haben.

MEIER: Richtig. Wir hatten im Bezirk mal 72 000 Mitglieder, jetzt sind es etwa 47 000. Ich gehe auch davon aus, daß noch weitere abspringen werden aus unterschiedlichen Gründen. Jetzt verlassen zunehmend Leiter von Betrieben die Partei. Ich weiß nicht, ob das gut ist für diese Leute ...

SPIEGEL: ... könnten die dadurch Nachteile bekommen?

MEIER: Ich glaube, sie haben dadurch im Betrieb Nachteile. Die Arbeiter werden solche Leute als Wendehälse bezeichnen nach dem Motto: „Jetzt gehen die schnell aus der SED raus, damit sie ihre Posten behalten.“ In der jetzigen schwierigen Zeit wird vielleicht einer eher akzeptiert, der zu seinem Ideal steht und in der SED bleibt. Aber reglementieren kann man das nicht mehr.

SPIEGEL: Sie müssen Ihren Parteiapparat verkleinern. Wie viele Mitarbeiter haben Sie entlassen?

MEIER: Hier im Haus hatten wir etwa 170 politische, hauptamtliche Mitarbeiter. Wenn wir die neue Struktur haben, werden wir nur noch 70 sein. Unser Haus wird jetzt auch stärker durch ande-

re genutzt, etwa durch die Handelsorganisation, durch den Konsum. Das ist schon ein mächtiges Abspecken.

SPIEGEL: Was tun die Entlassenen?

MEIER: Die meisten haben eigentlich eine ordentliche Arbeit gefunden.

SPIEGEL: In Büros oder in der Produktion?

MEIER: Teils, teils. Mein Stellvertreter zum Beispiel hat hier aufgehört und arbeitet jetzt in einem Schichtbetrieb. Sein Vorgänger ist jetzt als Schuster tätig. Der eine oder andere ist ins Büro gegangen.

SPIEGEL: Ein Vorwurf der Opposition lautet, die SED-PDS habe noch immer alle Machtpositionen besetzt und bestimme auf allen Ebenen das politische Alltagsleben.

MEIER: Da hat sich schon einiges geändert. Eine ganze Reihe von staatlichen Leitern und Funktionären des Staatsapparates ist aus der Partei ausgetreten. Ich kann mir aber nicht vorstellen, daß wir künftig einfach alle Menschen aus ihren Funktionen herausnehmen, nur weil sie Mitglied meiner Partei sind. Es sind ja auch viele Leute mit fachlicher Kompetenz dabei. Ich habe doch das Problem, wie ich die Partei zusammenhalte. Ich kann also von Festigung im Moment nicht reden. Ich glaube, die Wahlen am 6. Mai werden die Veränderung bringen, die notwendig ist.

SPIEGEL: Bis dahin gibt es den gewaltigen Machtapparat?

MEIER: Sie gehen noch von den alten Machtstrukturen aus. Ein Beispiel: Früher hat, das ist kein Geheimnis mehr, der Erste Sekretär der Bezirksleitung die Verantwortung gehabt, mit den Sicherheitsorganen zu beraten. Das ist im Prinzip abgeschafft. Ein Chef der Volkspolizei meldet sich nicht mehr beim Ersten Sekretär, um über irgendwelche Vorkommnisse zu berichten. Gab es früher einen Verkehrsunfall, so wurde er der Bezirksleitung gemeldet. Das ist alles abgeschafft. Jede Schraube, die verloren ging im Bezirk, wurde hier den Ämtern gemeldet. Jetzt erfahren wir viele Sachen auch erst durch die Zeitung.

SPIEGEL: Früher haben auch die Räte des Bezirkes und der Kommunen auf das Machtwort ihrer Partei gewartet. Hören die noch auf Sie?

MEIER: Die setzen sich deutlich von uns ab und sind für eine strikte Trennung von Staat, Parlament und Partei. Das geht mir manchmal schon zu weit. In der Bundesrepublik sind die wichtigsten Vertreter einer Partei ja auch zumeist die entscheidenden Politiker in Regierung oder Opposition. Bei den Bürgern hier gibt es da natürlich Vorbehalte, aber die haben auch 40 Jahre SED-Erfahrung.

SPIEGEL: Das Mißtrauen der Bürger gegen Ihre Partei ist auch durch das Erlebnis von 40 Jahren Stasi geprägt. Wie viele Stasi-Leute gab es im Bezirk, wie viele sind es jetzt?

MEIER: Das weiß ich wirklich nicht. Früher habe ich das nie erfahren, und seit ich hier im Amt bin, hat mir das noch keiner gesagt. Und ich glaube auch nicht, daß mir das jetzt einer sagen würde. Daß es sehr viele waren, kann man an den Gebäuden sehen.

SPIEGEL: Die sind noch nicht geräumt?

MEIER: Nein, aber es sind schon viele Personen weg. Wir sind gebeten worden, Unterstützung und Hilfe zu geben, daß einige Arbeit finden bei uns. Es gibt einen Widerspruch: Bei den Demonstrationen vor allem in Leipzig haben ein paar tausend Menschen gefordert: „Stasi in die Produktion.“ Jetzt müssen viele junge Leute ganz schön laufen, um eine Arbeit zu finden.

* Protestierende Bauarbeiter in Ost-Berlin am Donnerstag vergangener Woche.